DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

20. Oktober 2018

Gegen Krieg, Sozialabbau und rechts

Zwischen Kriegführung der Bundesregierung innerhalb von Nato- und EU-Bündnis, der maroden Infrastruktur des Landes und dem Erstarken nationalistischer, rechter und faschistischer Kräfte bestehen enge Zusammenhänge. Die Rechtsentwicklung erhält Nahrung dadurch, dass der herrschende Diskurs über die Abwehr von Flüchtlingen geführt wird. Immer unmenschlicher gebärden sich die politisch Verantwortlichen hier gegenüber denjenigen, die mit Bomben, Panzern und Raketen aus den Produktionsstätten deutscher Waffenschmieden aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Im Windschatten einer Schmierenkomödie um eine Führungsperson des Geheimdienstes, der uns bespitzelt und Nazi-Netzwerke aufbaut, werden scharfe Polizeigesetze und massive Aufrüstung parlamentarisch durchgewunken. Dabei demontieren sich die Regierungsparteien. Was der Innenminister macht ist in Übereinstimmung mit den Taten der Verteidigungsministerin und der Kanzlerin. Im Regierungsauftrag ist die Bundeswehr im NATO-Kriegsbündnis sowie im EU-Verbund an Kriegen beteiligt. Diese Kriege sind die Fluchtursache Nr. 1. Für eine erneute Eskalation hat die Bundesregierung Trump vorab im Fall von Giftgaseinsatz in Idlib Beteiligung an Luftangriffen gegen Syrien zugesagt.

Die permanent akute Gefahr der Ausweitung bereits weltweit tobender 30 heißer Kriege erfordert eine Ausrichtung unserer Politik auf die Verstärkung des Friedenskampfes auf allen Ebenen. Es geht um die Stärkung von Antikriegsbündnissen durch die Verbindung möglichst vieler Bewegungen für soziale, demokratische und ökologische Rechte vor Ort mit diesem Thema.

Kriege kommen den Menschen teuer zu stehen. Sie kosten oft das Leben und immer sehr viel Geld. Die Ausgaben für Rüstung brechen Rekorde. Die Bundesrepublik ist auf dem Wege zur größten EU-Militärmacht. Von 2017 bis 2019 hat sie den Verteidigungsetat um fast 20 Prozent auf beinahe 43 Milliarden erhöht.

In der Auseinandersetzung um den Rüstungsetat haben sich durch die Initiative Abrüsten statt Aufrüsten, die bisher von über 100 000 Menschen nach vielen persönlichen Gesprächen unterzeichnet wurde, neue Möglichkeiten ergeben, die Friedensbewegung zu stärken.

Es haben sich in jüngster Zeit einige neue Friedensarbeitskreise und –gruppen in Gewerkschaften und Wohngebieten gegründet. Vor Ort in den Stadtteilen sollte es jetzt gelingen weitere Initiativen zu schaffen, die der allgegenwärtigen Militarisierung entgegentreten. Die Verknüpfung sozialer Interessen mit der Forderung nach Abrüstung ermöglicht uns, Menschen für die Friedensarbeit zusammen zu bringen und für ihre Interessen zu aktivieren. **Dafür nutzen wir die bundesweiten dezentralen Aktionstage anlässlich des Abschlusses der Haushaltsberatungen des Bundestages vom 1. bis 4. November und sammeln weiter Unterschriften für:**

Abrüsten statt Aufrüsten!